



Entwicklungshilfe: Mit Minister Niebel ins Abseits?



- Entwicklungshilfe für deutsche Wirtschaftsinteressen
- Der Europäische Auswärtige Dienst: - Baustein zur EU-Militarisierung
- "Vernetzte Sicherheit" - zu Lasten humanitärer Organisationen
- Kuba: Entwicklungsland als Entwicklungshelfer
- Friedensbewegung: Gemeinsamer Afghanistan-Aufruf

Inhalt

SCHWERPUNKT

Der europäische Auswärtige Dienst 3
Kubaner als Entwicklungshelfer 10

GASTBEITRAG

Vernetzte Sicherheitspolitik 6

INTERVIEW

Deutsche Entwicklungshilfe-Politik 8

FRIEDENSBEWEGUNG

Afghanistan-Aufruf der Friedensbewegung... 13

RUBRIKEN

Im Blickfeld: 4, 7, 11, 15
Buchbesprechung 15
Rückseite: Internet-Archiv Entwicklungshilfe ... 16

FOTOS

Titelbild: Entwicklungsminister Niebel im Ost-Kongo,
Quelle: EPD
Fotos im Heft:
Seite 10: Flickr.com
Seite 5, 6, 8, 13: Archiv

Das nächste Friedensjournal erscheint am
13. November 2010.

IMPRESSUM

Das Friedensjournal erscheint 6-mal jährlich
und ist zum Solibeitrag von 15,00 EUR über
die Redaktionsanschrift zu beziehen.

Internet:
www.frieden-und-zukunft.de/friedensjournal

Herausgeber:

Bundesausschuss Friedensratschlag
c/o DGB Kassel, Spohrstr. 6, 34117 Kassel
Tel.: 05 61/804-23 14 · Fax: 05 61/804-3738
e-mail: strutype@hrz.uni-kassel.de
www.friedensratschlag.de

Redaktion:

Hugo Braun, Christine Buchholz, Bernd Guß,
Lühr Henken, Hans-Peter Laubenthal,
Bärbel Schindler-Saefkow, Peter Strutynski,
Horst Trapp, V. i. S. d. P.: Karl-Heinz Peil

Redaktionsanschrift:

Friedens- und Zukunftswerkstatt e. V.
c/o Gewerkschaftshaus Frankfurt,
Wilhelm-Leuschner-Straße 69 – 77,
60329 Frankfurt am Main,

Tel.: 0 69/24249950 · Fax: 0 69/24249951
e-Mail: Frieden-und-Zukunft@gmx.de

Bankverbindung:

Friedens- und Zukunftswerkstatt e. V.
Frankfurter Sparkasse
BLZ 500 502 01 · Kto.-Nr.: 2 00 08 13 90

Neu definierte Entwicklungshilfe

Liebe Leserinnen und Leser,

gleich mehrere Gründe gab es für uns als Redaktion des Friedensjournals, diesmal das Thema Entwicklungshilfe als Schwerpunkt zu nehmen.

Im Jahre 1960, d.h. vor genau 50 Jahren, wurden allein 17 afrikanische Länder politisch formell unabhängig. Die wirtschaftliche und damit letztlich auch politische Abhängigkeit von den Ländern der nördlichen Hemisphäre ist jedoch bis heute im wesentlichen geblieben. Obwohl z.B. im Kongo dazu eine große offizielle Feier stattfand, bietet dieser Jahrestag aber dazu überhaupt keinen Anlass. Zu erinnern ist eher daran, dass im Kongo deren erster Präsident Patrice Lumumba auf Betreiben der CIA 1961 ermordet wurde – wohl deshalb, weil er sich tatsächlich auch für wirtschaftliche Unabhängigkeit seines Landes und deren Bevölkerung einsetzte. Brutale Diktatoren fanden hingegen immer das zumindest stillschweigende Wohlwollen der europäischen Staaten, wenn die neokoloniale Ausbeutung nicht in Frage gestellt wurde.

Im September 2000 wurden in der UNO die sogenannten Millenniumsziele beschlossen, die darauf gerichtet sind, bis zum Jahre 2015 die Unterentwicklung in den Ländern des Südens zu beseitigen. Bis heute hat sich diesbezüglich wenig getan und Entwicklungsfortschritte bis 2015 sind auch kaum noch zu erwarten, auch wenn soeben in einer UNO-Konferenz mittels einer Zwischenbilanz sicherlich wieder die besten Absichten verkündet werden. Verwunderlich ist dieses nicht, wenn man sich die Neujustierung der Entwicklungshilfe in Deutschland und der EU anschaut. Auf EU-Ebene findet derzeit eine alarmierende Entwicklung in Gestalt des demnächst seine Tätigkeit aufnehmenden Europäischen Auswärtigen Dienstes statt. Näheres dazu von unseren Autoren Martin Hantke und Jürgen Wagner.

In Deutschland hat der Amtsantritt von Minister Niebel Ende letzten Jahres eine Neujustierung der Entwicklungspolitik eingeleitet. Hierzu haben wir in unserem Interview Heike Hänsel

als die entwicklungspolitische Sprecherin der LINKEN im Bundetag befragt.

Eine generelle Strategie ist seit einigen Jahren das Konzept der zivil-militärischen Zusammenarbeit, bzw. der vernetzten Sicherheit. Auf der Bundeswehr-Website frieden-und-sicherheit.de liest sich dieses (in Bezug auf Afghanistan) folgendermaßen:

„Während die Bundeswehr für ein sicheres Umfeld sorgt, stellen zivile Aufbauhelfer und Experten von Entwicklungshilfeorganisationen, des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung sowie des Auswärtigen Amts die Mittel und das Fachwissen für den Aufbau von Wirtschaft und Verwaltung sowie für den Betrieb von Schulen und Krankenhäusern zur Verfügung.“

Wie wenig diese Darstellung mit der Realität zu tun hat, schildert in unserem Gastbeitrag Thomas Gebauer als Geschäftsführer von *medico international*.

Die Alternative zur derzeitigen Politik besteht deshalb nicht unmittelbar in einer Aufstockung der begrenzten Entwicklungsgelder, sondern in ehrlicher, uneigennütziger Hilfe. Dazu sind allerdings derzeit nur Entwicklungsländer selbst durch Kooperation untereinander in der Lage, wie vor allem das Beispiel Kubas zeigt, das von unserem Autor Harri Grünberg dargestellt wird.

Zivile Hilfe zur wirtschaftlichen Entwicklung, zum Wiederaufbau nach der Erdbebenkatastrophe in Haiti und der Flutkatastrophe in Pakistan ist in keinsten Weise mit militärischen Mitteln zu lösen. Erst recht gilt dieses für eines der ärmsten Entwicklungsländer weltweit: Afghanistan. Unsere Forderung mit dem bundesweiten Aufruf: „Den Krieg in Afghanistan beenden – zivil helfen“ ist deshalb nicht nur die Forderung nach dem sofortigen Abzug der Bundeswehr, sondern auch dafür, das endlich Voraussetzungen für eine wirtschaftliche und soziale Entwicklung in diesem Land geschaffen werden. Wir fordern deshalb alle Leserinnen und Leser zum aktiven Sammeln von Unterschriften unter diesem Aspekt auf.

Karl-Heinz Peil

Der EAD – ein Baustein zur EU-Militarisierung

von Martin Hantke und Jürgen Wagner, Informationsstelle für Militarisierung e.V., Tübingen

Am 21. Juni d. J. einigten sich die Vertreter der europäischen Institutionen, am 8. Juli stimmte das Europäische Parlament zu: Der Europäische Auswärtige Dienst (EAD) soll zum 1. Dezember 2010 seinen Dienst aufnehmen.

Am 1. Dezember 2009 trat der Vertrag von Lissabon in Kraft, mit dem der neue Posten der Hohen Vertreterin für Außen- und Sicherheitspolitik geschaffen wurde, den die Britin Catherine Ashton bekleidet. Zur Unterstützung ihrer Tätigkeit sieht der Vertrag in Art. 27 (3) EUV die Schaffung des EAD vor, dessen Funktion Ashton Ende Mai folgendermaßen beschrieb: „Das Ziel des Vertrags von Lissabon sowie des Auswärtigen Dienstes ist es, unseren globalen Einfluss zu vergrößern, indem wir eine breite Palette von Instrumenten – sowohl zivil als auch militärisch – zur Unterstützung einer einheitlichen politischen Strategie zusammenführen.“

Mittels dieser Bündelung sämtlicher Machtkapazitäten sollen europäische Interessen weltweit erheblich effektiver durchgesetzt werden. Auch hieran lässt die Hohe Vertreterin keine Zweifel: „Zur Unterstützung einer einheitlichen politischen Strategie müssen wir sämtliche Einflusshebel mobilisieren – politische, ökonomische, plus zivile und militärische Krisenmanagementwerkzeuge. Die Schaffung des Europäischen Auswärtigen Dienstes ist entscheidend, um exakt die Art vereinigten Denkens und Handelns zu fördern, die wir benötigen. Hierbei handelt es sich nicht um eine bürokratische Übung, sondern um eine sich nur einmal jeder Generation bietende Gelegenheit, etwas Neues zu schaffen. [...] Die Tage, in denen die Europäische Außenpolitik als Gewäsch ohne Handlungen abgetan werden konnte, sind nun vorüber.“

Hierbei wird suggeriert, zwischen Außen-, Militär- und Entwicklungspolitik gäbe es keinerlei Zielkonflikte. Dies ist jedoch keineswegs der Fall, wie sich gerade am Beispiel EAD zeigen lässt.

Das Problem fängt bereits mit der Namensgebung an: Nahezu sämtliche

militärischen und zivil-militärischen EU-Strukturen sollen in den EAD integriert werden. Vor diesem Hintergrund könnte man den EAD auch als einen „Militärisch-Auswärtigen Dienst“ bezeichnen.

Zivil und militärisch Aus „einer Hand“

Ursprünglich war die Zivile Konfliktbearbeitung bzw. das Zivile Krisenmanagement einmal als Alternative und nicht als Ergänzung militärischer Einsätze gedacht. Spätestens mit dem EAD soll nun aber das Zivile Krisenmanagement auf die Rolle eines bloßen Erfüllungsgehilfen zur optimierten Durchsetzung militärisch-strategischer Interessen reduziert werden. Denn die bisher im Rat der Europäischen Union angesiedelten Generaldirektionen (DG) E VIII (militärisch-strategische Einsatzplanung) und E IX (zivil-strategische Einsatzplanung) sollen im EAD aufgehen. Gleichzeitig beabsichtigt man, DG VIII und IX im neuen Crisis Management Planning Directorate (CMPD) zu vereinigen. Alle Einsätze sollen künftig „aus einer Hand“ geplant werden. Das bedeutet: Eine unabhängige und vollständig vom Militärischen getrennte zivile Einsatzplanung wird es damit in Zukunft wohl nicht mehr geben.

Vor diesem Hintergrund warnt Alain Déléroz von der „International Crisis Group“, mit dem EAD erhalte das Krisenmanagement auf EU-Ebene einen „stark militärischen Geschmack.“ Zivile Aspekte drohen im neuen EAD militärlogischen Erwägungen untergeordnet zu werden: „Jetzt schauen wir in eine Zukunft, in der Militärexperten die Planung ziviler Missionen übernehmen.“

Auch die gegenwärtigen Planungen, dem EAD eine „strategische Rolle“ bei der Programmierung sämtlicher, vor allem entwicklungsbezogener EU-Finanzinstrumente zu übertragen, sind überaus besorgniserregend. Obwohl in Artikel 208 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union (AEUV) eindeutig festgelegt ist, dass die EU-Entwicklungshilfe die unmittel-

bare Armutsbekämpfung zum Ziel hat, geht der Trend in eine andere Richtung. Bereits heute werden zahlreiche Maßnahmen mit eindeutigem Sicherheitsbezug, deren Beitrag für die Armutsbekämpfung bestenfalls fragwürdig ist, aus EU-Entwicklungshilfepöpfen querfinanziert (beispielsweise über die „African Peace Facility“).

Entwicklungshilfe wird unprogrammiert

Diese Entwicklung dürfte sich massiv verschärfen, sollte dem Europäischen Auswärtigen Dienst mit seiner starken außen- und militärpolitischen Ausrichtung der Zugriff auf die Vergabe von Entwicklungshilfe in dem Umfang ermöglicht werden, wie dies gegenwärtig vorgesehen ist. In diesem Fall ist damit zu rechnen, dass künftig Gelder zunehmend nach sicherheitspolitisch-militärischen Gesichtspunkten „unprogrammiert“ werden: weg von Maßnahmen zur Armutsbekämpfung, hin zu Programmen mit stark sicherheitspolitischem Bezug – vom Aufbau von Schulen hin zum Aufbau von Armeen. Ferner dürfte eine gravierende Verschiebung der Mittelzuweisungen erfolgen: von interessenpolitisch „unbedeutenden“ hin zu strategisch wichtigen Ländern, insbesondere zu den „Frontstaaten“ im „Krieg gegen den Terror“.

Auf dem interparlamentarischen Treffen vom 2. Juni wurden die Bedenken der entwicklungspolitischen Organisationen durch Ashtons Vertreter, Botschafter Poul Christoffersen, erneut bestätigt: „Die Zeiten sind vorbei, wo Entwicklungspolitik unabhängig von Sicherheitspolitik abläuft“, erklärte Christoffersen. Er wies zugleich auch Bedenken wegen mangelnder nationalstaatlicher Kontrollrechte, die von verschiedenen Abgeordneten vorgetragen wurden, brüsk zurück. Vom Verband Entwicklungspolitik Deutscher Nichtregierungsorganisationen (VENRO) war im Vorfeld bereits die „Politik der verschlossenen Türen“ beim Aufbau des EAD kritisiert worden. VENRO brachte zudem sein Unverständnis zum Ausdruck, dass „die Öffentlichkeit über

den Stand der Verhandlungen kaum informiert“ wurde.

Keine demokratische Kontrolle vorgesehen

Ein weiteres Problem ist die fehlende demokratische Kontrolle des EAD. Auch laut der politischen Einigung vom 21. Juni soll das Europäische Parlament über seine Tätigkeit lediglich „unterrichtet“ und „konsultiert“ werden, mitzureden hat es aber nichts.

Es ist deshalb die Aufgabe des Bundestages sicherzustellen, dass wenigstens ein Mindestmaß an demokratischer Kontrolle gewährleistet ist. Allerdings hatte die große Koalition schon im Sommer 2009 dafür gesorgt, dass bei den Begleitgesetzen zum Vertrag von Lissabon, in Reaktion auf das Urteil des Bundesverfassungsgerichts, Regelungen vereinbart wurden, die Stellungnahmen des Bundestages

für die Positionierung der Bundesregierung im außen- und sicherheitspolitischen Bereich verhindern sollen.

Diese Entparlamentarisierung über EU-Bande droht sich mit dem EAD noch weiter zu verstärken. Um dem entgegenzuwirken, sollte sich der Bundestag der juristischen Interpretation anschließen, die die Begleitgesetze dahingehend auslegt, dass der deutsche Gesetzgeber auch im außen- und sicherheitspolitischen Bereich Stellungnahmen abgeben kann. Geschieht dies nicht, ist die Selbstentmachtung des Bundestages – auch vor dem Hintergrund einer weiteren Aushöhlung des Parlamentsvorbehalts bei Auslandseinsätzen der Bundeswehr – kaum noch aufzuhalten. Europäisches Parlament und Deutscher Bundestag blieben dann Zaungäste der entfesselten Machtpolitik des Militärisch-Auswärtigen Dienstes und der nationalstaatlichen Machtspiele unter seinem

Dach. Man kann den Eindruck gewinnen, als habe selbst der Reichstag im Kaiserreich noch mehr Rechte besessen. Und es scheint, dass jetzt auch die Verfechter einer europäisierten Außenpolitik diesem Rückfall in vordemokratische Zeiten und einer Entfesselung nationalstaatlicher Machtinteressen carte blanche erteilen wollen.

Soll der EAD nicht zum machtpolitischen Albtraum Europas werden, muss gewährleistet sein, dass die zivilmilitärischen Strukturen nicht Teil des EAD werden und dass ein Mindestmaß an demokratischer Kontrolle durch die nationalstaatlichen Parlamente garantiert wird. Und nicht zuletzt sollte der EAD nicht auch noch entscheidenden Einfluss auf die Entwicklungszusammenarbeit erhalten. Ansonsten drohen weite Teile der zivilen EU-Außenpolitik vor den Karren einer imperialen EU-Machtpolitik gespannt zu werden.

IM BLICKFELD

Afrika - EU: Von Partnerschaft keine Rede

Die so genannten „Wirtschaftlichen Partnerschaftsabkommen“ der Europäischen Union liegen nicht im Interesse Afrikas, auch wenn die EU diese Verträge als Mittel zur Armutsbekämpfung verkaufen will, meint Herbert Jauch.

Seit 2004 verhandelt die EU mit den AKP-Ländern (zur Zeit 79 meist ehemalige Kolonialstaaten in Afrika, der Karibik und der Pazifikregion) ein Freihandelsabkommen, welches das Cotonou-Abkommen aus dem Jahr 2000 ersetzen soll. Diese neuen Vereinbarungen werden als „Wirtschaftliche Partnerschaftsabkommen“ (Economic Partnership Agreements, EPAs) bezeichnet, obwohl von Partnerschaft überhaupt keine Rede sein kann. Sowohl inhaltlich als auch in der Vorgehensweise spielt sich die EU als imperiale Macht auf, die die AKP-Staaten zur Unterzeichnung zwingen will. Das Beispiel des südlichen Afrika, im besonderen Namibia, zeigt deutlich, welche substanzielle Gefährdung für die wirtschaftlichen Entwicklungsmöglichkeiten diese Abkommen darstellen.

Am 19. Mai d.J. warnte Namibias Handels- und Industrieminister Hage Geingob: „Kein Abkommen ist besser als ein schlechtes Abkommen.“ Namibia hat sich, wie auch Angola und Südafrika, bisher geweigert, das „Interims-EPA“ zu unterzeichnen, weil dies u.a. das Ende der Exportsteuer für unverarbeitete Rohstoffe bedeuten würde. Außerdem würde Namibias Fortschritt im Landwirtschaftsbereich hinsichtlich Ernährungssicherheit durch das Abkommen gefährdet, so der Minister.

[...]

Zivilgesellschaftliche Organisationen in Namibia und Südafrika haben wiederholt auf die Gefahren der „Partnerschaftsabkommen“ hingewiesen. Das von der EU vertretene Prinzip der Reziprozität hat angesichts der enormen Ungleichheiten zwischen Afrika und der Europa verhängnisvolle Auswirkungen und ist nur zum Vorteil für die europäischen Unternehmen. In diesem Punkt gibt es eine ungewöhnlich große Übereinstimmung zwischen namibischen Gewerkschaften, Nichtregierungsorganisationen, privaten Unternehmen und der Regierung.

Solidarische Organisationen in Europa teilen seit Jahren die Kritik an den EPAs. Es ist Zeit, diese Abkommen zu stoppen, bis durch Verhandlungen eine Regelung gefunden wird, die Afrikas Interessen respektiert. Das arrogante Auftreten einiger EU-VertreterInnen während der Verhandlungen kann nicht länger toleriert werden. Zu einer echten Partnerschaft gehört wohl als elementarster Baustein die Anerkennung der Interessen der anderen Seite.

Das NGO-Forum Africa Trade Network hat eine internationale Kampagne gegen die EPAs initiiert und setzt sich für soziale, wirtschaftliche und ökologische Alternativen ein: www.stopepa.de

Quelle: Südwind-Magazin, Heft 7 (Juli) 2010
Im Internet: www.suedwind-magazin.at

Mehr Unsicherheit für humanitäre Hilfsorganisationen durch „Vernetzte Sicherheit“

von Thomas Gebauer, Geschäftsführer von medico International, Frankfurt a.M.



Sicherheitspolitische Überlegungen machen von sich reden, die das Zeug haben, nachhaltigen Unfrieden zu stiften. „Vernetzte Sicherheit“ nennt sich das 2006 vom Bundesverteidigungsministerium formulierte Konzept, militärisches Handeln künftig systematisch mit zivilem zu verknüpfen. Seit sich Dirk Niebel, der neue Entwicklungshilfeminister, diese Ideen Anfang des Jahres zu eigen gemacht hat und neben der staatlichen Entwicklungspolitik auch die Arbeit von entwicklungspolitisch tätigen Hilfsorganisationen einer „vernetzten Sicherheit“ unterordnen will, wächst der Unmut. Nicht nur Hilfswerke, sogar Militärs – wenn auch hinter vorgehaltener Hand – äußern Unbehagen und Kritik.

Bundeswehrleitlinien

Statt Entwicklung nun Sicherheit? Es lohnt der Blick auf das, was mit dem neuen sicherheitspolitischen Konzept gemeint ist. Das aktuelle „Weißbuch“ der Bundeswehr zur Sicherheitspolitik Deutschlands definiert „vernetzte Sicherheit“ als Leitlinie zur Umgestaltung der Bundeswehr, die nicht mehr alleine auf Landesverteidigung abgestellt wird, sondern auch internationale Konfliktverhütung und Krisenbewältigung einschließlich des Kampfes gegen den Terrorismus leisten soll. Das Bedürfnis nach Sicherheit ist fraglos ein legitimes Bedürfnis. Die Garantie der körperlichen Unversehrtheit, der Schutz vor Raub, die Rechtssicherheit, ein Leben in Frieden und größtmöglichem Glück – all das sind fundamentale Menschenrechte, deren Realisierung und Sicherstellung wichtige ge-

sellschaftliche Aufgaben darstellen. Wer wäre nicht für Sicherheit? Den Autoren des „Weißbuch“ aber geht es nicht um einen solchen universellen Begriff von Sicherheit. Ausgangspunkt des neuen Konzeptes ist das partikuläre Interesse, die Sicherheit Deutschlands gegen Bedrohungen von außen zu verteidigen. Auch Auslandseinsätze dienen diesem Ziel, wie der ehemalige Verteidigungsminister Peter Struck unmissverständlich klar gestellt hat: „Die Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland wird auch am Hindukusch verteidigt.“ Mit Blick auf die „Struck-Doktrin“ sollte jeder, der von Sicherheit redet, auch sagen, um wessen Sicherheit es geht und zu wessen Lasten diese verteidigt werden soll.

Als 2001 im Bundestag über die Entsendung von Truppen nach Afghanistan debattiert wurde, ging es allein um die Solidarität mit dem Bündnispartner USA. Mögliche Sicherheitsbedürfnisse der afghanischen Bevölkerung wurden erst thematisiert, als die militärische Intervention einer durchaus skeptischen Öffentlichkeit nahegebracht werden sollte. Mit einem Mal standen die Rechte afghanischer Mädchen und Frauen im Vordergrund, die die offizielle Politik zuvor nicht sonderlich interessiert hatten: Um Mädchen den Schulbesuch zu ermöglichen, müssten Soldaten entsandt werden. Ohne die Schaffung eines sicheren Umfeldes keine Entwicklung. Inzwischen hat sich der Rechtfertigungsnebel gelegt und niemand, der klaren Verstandes ist, würde heute noch behaupten, die NATO sei so etwas wie der bewaffnete Arm von amnesty international. Geblieben aber ist das Mantra: ohne Sicherheit keine Entwicklung.

Entwicklung und Frieden

Es ist noch gar nicht so lange her, da galt genau das Gegenteil. Noch in der 1980er Jahren stand außer Frage, dass Frieden nur dort gedeiht, wo soziale Entwicklung in Gang gekommen ist. Wohlgedacht: es ging damals um Entwicklung und Frieden, nicht um

Entwicklung und Sicherheit. Die Idee des Friedens zielt auf Ubiquität; Sicherheit dagegen ist immer exklusiv. Entwicklung drängt auf Veränderungsprozesse, die auch das Eigene tangieren; Sicherheit dagegen kann sich mit der Stabilisierung des Status quo begnügen, um Vormacht und Privilegien zu verteidigen. Die Fokussierung auf Sicherheit wird im Allgemeinen mit der Zunahme der Bedrohungen begründet, die in der Welt auszumachen sind. Tatsächlich haben sich die globalen Verhältnisse im Zuge der weltweiten Entfesselung des Kapitalismus verändert, was auch den Profiteuren der Globalisierung nicht verborgen geblieben ist. Eine Ende der 1990er Jahre vom US-amerikanischen National Intelligence Council in Auftrag gegebene Studie macht gleich mehrere „Global Trends“ aus, die allesamt den Status quo bedrohen würden: An erster Stelle nennt die Studie das anhaltende Bevölkerungswachstum, gefolgt von einem steigenden Energieverbrauch, die immer prekärer werdende Wasserknappheit, die Zunahme des Hungers, die Verstädterung, selbst die Finanzkrise hatten die sicherheitspolitischen Experten bereits prognostiziert.

Gefahr aus dem Süden

Bemerkenswert ist, dass solche Studien entweder gar nicht oder nur am Rande den Blick auf die Interessen des globalen Nordens richten. Nicht die milliarden schweren Agrarexportsubventionen mit ihren fatalen Auswirkungen auf die Lebensumstände afrikanischer Bauern gelten als Bedrohung für die globalen Verhältnisse, sondern das, was aus der billigend in Kauf genommenen Vernichtung von Lebensgrundlagen resultiert: der Bevölkerungsdruck, die Migration, die Verstädterung. Nicht im extensiven Trawlerfischfang vor der somalischen Küste sieht man das Problem, sondern darin, dass sich die in ihrer Existenz bedrohten Fischer nur noch mit Mitteln der Piraterie zu helfen wussten. Nicht in der Zerstörung der afghanischen

Wirtschaft durch eine von außen aufgezwungene Öffnung der Märkte vermutet man den Grund für die wachsende Unzufriedenheit der afghanischen Bevölkerung, sondern darin, dass diese womöglich einfach nicht reif genug sei für die Demokratie.

Da die Ursachen für die Bedrohungen sozusagen allesamt im Süden selbst ausgemacht werden, kreisen die Überlegungen, wie ihnen zu begegnen ist, auch nur um interventionistische Politik – um punktuelle Gefahrenabwehr vor Ort, nicht aber um die Korrektur der globalen Verhältnisse. „Entwicklungszusammenarbeit, Finanz- und Handelspolitik, Menschen Rechtspolitik, Polizei und Militär – über eine so breit angelegte Kombination von Mitteln zur Krisenbewältigung verfügt kaum ein anderer sicherheitspolitischer Akteur (als die EU)“, sagte Joschka Fischer 2003 und fügte hinzu: „Dieses mehrdimensionale Spektrum von Instrumenten ist gerade deshalb

zivilen Mitteln, andererseits – sozusagen als Voraussetzung dafür – die Neubestimmung von Entwicklungszusammenarbeit und selbst Menschenrechtspolitik als Instrumenten von Sicherheitspolitik. Beide verlieren dabei den Charakter eigenständiger Politikbereiche; sie werden dem Diktat von Sicherheitspolitik untergeordnet. Die Konsequenzen einer solchen „Versicherheitslichung von Politik“ sind erheblich. Denn wenn Politik nicht mehr dem Ziel der Gestaltung eines menschenwürdigen Zusammenlebens folgt, sondern nur noch Gefahrenabwehr betreibt, dann liegt die Militarisierung von Außenpolitik ebenso nahe wie zugleich auch militärisches Handeln politisch normalisiert wird. Wenn sie nicht „out of business“ gehen wolle, müsse die NATO „out of area“ gehen, verlangte vor Jahren der republikanische Senator Richard Luger. Seitdem rüsten Streitkräfte für das, was im US-Jargon „Military Operations other than war“ genannt wird: z.B. für militärisches Peacekeeping oder die Unterstützung lokaler Behörden bei der Bewältigung von Krisen. Die Spannbreite solcher Interventionen reicht von Afghanistan bis zur Entsendung von Truppen ins erdbebenzerstörte Haiti.

Auch die zivile Seite stößt ins selbe Horn. Um Armut zu bekämpfen und die Leute in der Welt vor Drogenhandel, Krankheiten und Terrorismus zu schützen, müsse Hilfe künftig mit militärischem Handeln kombiniert werden, verlangte 2003 die Weltbank. Wenig später, 2006, kündigte die Britische Entwicklungsbehörde (DIFD) an, die Notwendigkeit einer Kooperation mit den Militärs stärker in Betracht zu ziehen. Entwicklungshelfer sollten ihre Samthandschuhe ausziehen, empfahl 2008 der damalige Bundeswehr- Generalinspekteur Naumann. Höchst aufschlussreich ist, wie sich diese Debatte in der Mittelvergabe niedergeschlagen hat: Zwischen 2002 und 2005 stieg in den USA der Anteil des Pentagon an der US-Auslandshilfe von 6 auf 22 Prozent. Deutlich wird in solchen fiskalischen Verschiebungen, was Kritiker der Vernetzung von Sicherheit und Entwicklung befürchtet haben. Es geht nicht um Vorrang fürs Zivile, son-

dern um dessen Unterordnung unter das Militärische.

Sicherheitsimperialismus

Schritt für Schritt weicht der utopische Überschuss, der noch in der Allgemeinen Deklaration der Menschenrechte zum Ausdruck kam, einem nachutopischen Pragmatismus, der nichts mehr verändern will, sondern nur noch darum bemüht ist, den Status quo zu sichern. In dem Maße aber, wie die strukturelle Ungleichheit konstant gesetzt wird, verkümmert Krisenbewältigung zu einer Art Sicherheitsimperialismus, der von der profanen Frage angetrieben wird, wie man sich diejenigen, für die es in der globalisierten Welt keinen Platz zu geben scheint, die nicht systemrelevant sind, vom Leib halten kann. So hart dies klingt: genau darin liegt der latente Gehalt des heutigen Sicherheitsdiskurses. Die Botschaft, die in der öffentlichen Fokussierung auf Sicherheit mitschwingt, ist ebenso populär wie perfide. Weil die Welt in Chaos und Gewalt zu versinken droht, gilt es, wachsam und wehrbereit, notfalls auch auf eigene Rechte und die der anderen zu verzichten.

Es ist das Gefühl permanenter Unsicherheit, das schließlich eine Politik zulässt, die sich nicht mehr am bestehenden Recht orientieren muss. Das Recht ist normativ und lässt kaum Spielraum für politische Opportunitätsabwägungen. Sicherheit dagegen ist immer subjektiv und deshalb auch offen für Panik- und Moralkampagnen. Die Ersetzung eines auf universellen sozialen Rechten basierenden entwicklungspolitischen Diskurses durch einen Diskurs, der sich um partikulare Sicherheitsinteressen dreht, lässt es schließlich zu, bestehendes Recht zu beugen. Das war im Irak-Krieg der Fall, der mit der Angst vor Massenvernichtungswaffen begründet wurde, die am Ende doch nie aufgefunden wurden. Das gilt für Guantánamo, die Operation Enduring Freedom, die geheimen CIA-Flüge über Deutschland und die in Frankfurt laut gewordene Debatte über die Zulässigkeit von Folter, obwohl das Verbot von Folter im Völkerrecht als absolut gesetzt ist.



wichtig, weil wir wissen, dass die neuen Bedrohungen nicht allein mit militärischen Mitteln bewältigt werden können.“

Zweierlei wird in solchen Argumentationen deutlich: einerseits die Idee der Verzahnung von militärischen mit

Vernetzt

Auch das zweite Wort im Konzept der „vernetzten Sicherheit“ ist nicht ohne. Zwar gelten Vernetzungen als „in“, weil mit ihnen Zugänge und Synergien verbunden werden, doch sind Vernetzungen keineswegs eine egalitäre Veranstaltung, die frei von Hierarchien und Machtinteressen wäre. All das Gerede von „Kooperationen auf Augenhöhe“ entpuppt sich als ein höchst ideologisches Bemühen, wenn man der Spinne nachspürt, die das Netz kontrolliert.

Es sind mehrere Gründe, warum Hilfsorganisationen nicht systematisch und auf Augenhöhe mit Militärs zusammenarbeiten können. Beide Akteure haben prinzipiell unterschiedliche Mandate und verfolgen auch divergierende Strategien. Zudem können sich Militärs aus nahe liegenden Gründen nie vollends in ihre strategischen Plannungen hineinschauen lassen. Unter solchen Umständen kann es zwar Gespräche, den diskursiven Austausch und sporadische Formen gegenseitiger Unterstützung geben, nicht aber eine geregelte Zusammenarbeit. Letztere führt zwangsläufig zur Instrumentalisierung des Zivilen für militärische Zwecke.

Wenn in Afghanistan Soldaten Brunnen bohren, dann tun sie das nicht um den Krieg zu zivilisieren, sondern um die Effektivität des militärischen Handelns zu steigern. Erklärtes

Ziel ist die Vergrößerung des soldatischen Aktionsradius, die Informationsbeschaffung und der Schutz der Truppen vor Übergriffen. Entwicklungspolitische Überlegungen spielen dagegen keine oder nur eine nachgelagerte Rolle.

Im Gegenteil: Weil das Ansehen der Truppen in der lokalen Bevölkerung unmittelbar erhöht werden soll, müssen „Hearts and Minds“-Strategien rasch zum Erfolg kommen. Es fehlt die Zeit, Projekte gemeinsam mit den Menschen zu planen und in lokaler Ownership umzusetzen. Notwendig ist der Quick Impact, auch wenn darunter die Nachhaltigkeit leidet. Denn Quick Impact-Projekte tendieren dazu, von außen übergestülpt zu werden, wobei genau jene Eigenständigkeit gefährdet wird, die entwicklungspolitisch beabsichtigt ist.

Hilfe als nichttödliche Waffe

Hinzu kommen die Gefahren, denen Hilfsorganisationen aufgrund der Vermischung von zivilem mit militärischem Handeln ausgesetzt sind. 2009 zählte das regierungsunabhängige Afghanistan NGO Safety Office 172 Übergriffe auf Mitarbeiter von Hilfsorganisationen. 19 Aufbauhelfer, alle lokale afghanische Mitarbeiter, kamen dabei ums Leben. Die Risiken, denen sich Mitarbeiter von Hilfsorganisationen aussetzen, haben zugenommen, seitdem die US-Truppen auf Counter-

insurgency setzen. Der Bau von Schulen und Krankenstationen, das Räumen von Minen, die Förderung landwirtschaftlicher Alternativen zum Drogenanbau – all das gilt US-Militärs heute als Teil von Aufstandsbekämpfung.

Wer Hilfe als nicht-tödliche Waffe betrachtet, richtet die Vergabe von Mitteln nicht mehr an den Bedürfnissen von Menschen aus, sondern an eigenen Sicherheitsinteressen, vielleicht noch an der Loyalität der Leute gegenüber den Streitkräften. Und so überrascht es nicht, dass in Afghanistan heute das Gros der Hilfen in jene Landesteile fließt, die strategisch von Interesse sind, während vergleichsweise ruhige Provinzen, wie das Hazarajat, wo doch eigentlich ein sicheres Umfeld für den Wiederaufbau bestünde, weniger von Hilfen profitieren.

Angesichts der Armut, die in Afghanistan herrscht, gibt es zur Hilfe von außen oftmals keine Alternative. Dass sie dennoch vielerorts nicht mehr geleistet werden kann, ist nicht zuletzt die Folge ihrer Instrumentalisierung für militärische Zwecke. Damit hat eine bemerkenswerte Umkehrung dessen stattgefunden, was all die Jahre zur Rechtfertigung des Afghanistan-Einsatzes öffentlich bekundet wurde: Die Entsendung von Truppen dient nicht mehr dazu, ein sicheres Umfeld für den Wiederaufbau zu schaffen, vielmehr sind es die zivilen Maßnahmen, die nun zur Absicherung des militärischen Handelns beitragen.

IM BLICKFELD

Nach der Flut droht die nächste Katastrophe

In einem Gespräch mit der Frankfurter Hilfsorganisation *medico international* forderte der pakistanische Arzt und Leiter von HANDS, einer der größten, unabhängigen Gesundheitsorganisationen des Landes, Dr. Tanveer Ahmed erheblich mehr internationale Hilfe für sein leidgeprüft Land. Pakistan, so Dr. Tanveer, drohe eine weitere Zunahme der ohnehin gravierenden Armut um ein Drittel.

Bei einem Besuch des *medico*-Gesundheitskoordinators Dr. Andreas Wulf in der Provinz Sindh, erklärte Dr. Tanveer Ahmed: „Die internationalen Organisationen werden ihren Aufgaben nicht gerecht. Sie entfalten aus meiner Sicht nicht die umfangreichen Aktivitäten, zu denen sie beim Tsunami oder dem Erdbeben in Haiti in der Lage waren.“ Ausbleibende Hilfszusagen seien eine Bedrohung für die Demokratie in Pakistan.

Diese Kritik, so Dr. Wulf, müsse auch die deutsche Bundesregierung zur Kenntnis nehmen. „Bislang hat Deutschland 68 Mio. Euro direkt oder über die EU für Pakistan zur Verfügung gestellt und wird damit den Dimensionen der Katastrophe in keiner Weise gerecht.“ Es gehe hier nicht allein um die akute Nothilfe, sondern um die nächsten drei bis fünf Jahre, in denen in der Krisenregion Programme aufgelegt werden müssen, die die Menschen an ihren Wohnorten eine Zukunftsperspektive ermöglichen. „Seit geraumer Zeit beobachten wir mit großer Sorge, dass die Bundesregierung bei der Mittelvergabe in der humanitären Hilfe aber auch in solchen Bereichen wie den globalen AIDS-Programmen äußerst zurückhaltend agiert oder gar bereits angekündigte Zusagen zurückzieht.“

Quelle: www.medico.de

Entwicklungshilfe für deutsche Wirtschaftsinteressen

Interview mit MdB Heike Hänsel, Entwicklungspolitische Sprecherin der Bundestagsfraktion DIE LINKE



FJ: Minister Niebel hat bei seinem Amtsantritt als Entwicklungshilfeminister eine Wende zu einer "werteorientierten und interessengeleiteten" Hilfe angekündigt. Welche Konturen zeichnen sich hier mittlerweile ab?

Wenn Minister Niebel von Werten und Interessen spricht, geht es ihm offensichtlich um deutsche Wirtschaftsinteressen, die er möglichst ungehindert durchsetzen will. Mit ihrem Haushalt zeigt die Bundesregierung nämlich, dass Friedenspolitik, weltweite Armutsbekämpfung, Klimaschutz, soziale Entwicklung, globale Gerechtigkeit, Solidarität nicht Priorität ihrer Politik sind. Als „Wert“ sieht der Entwicklungsmminister die freie Marktwirtschaft, als Grundlage freier Gesellschaften, er propagiert also Freiheit für Konzerne, Freihandel und Marktliberalisierung. All das hat allerdings in vielen Ländern des Südens nicht zu mehr sozialer Entwicklung geführt, sondern – ganz im Gegenteil – zu mehr Armut, mehr Hunger und mehr Umweltzerstörung. Ein weiteres Schlagwort der Politik von Schwarz-Gelb ist „Rohstoffsicherheit“. Dahinter steckt nichts weiter als eine Ressourcenpolitik, die auf die Sicherung der Versorgung der einheimischen Industrie mit Rohstoffen fokussiert und, wenn nötig, auch militärisch abgesichert wird. Gegen diese Politik, die wieder auf Kosten der Lebensinteressen der Menschen im Süden forciert

wird, wird sich DIE LINKE in ihrer weiteren Arbeit einsetzen.

FJ: Kann man diese Wende auch an der Personalpolitik des Ministeriums festmachen?

Von Vertreter/innen von SPD und Grünen wurde Dirk Niebel eine Klientelpolitik nach dem FDP-Parteibuch vorgeworfen. Das stimmt, allerdings haben die Einstellung nach Parteibuch auch Rot-Grün und Schwarz-Rot betrieben. Wichtiger ist vielmehr die inhaltliche Ausrichtung einiger Personalentscheidungen.

Harald Klein, neuer Abteilungsleiter im BMZ, hat lange Zeit bei der FDP-nahen Friedrich-Naumann-Stiftung gearbeitet. So hat Klein im letzten Jahr den Putsch gegen den demokratisch gewählten Präsidenten Zelaya gerechtfertigt und die damit einhergehenden Menschenrechtsverletzungen mehr als verharmlost. Ich halte es für einen Skandal, dass Harald Klein jetzt Ansprechpartner für internationale Beziehungen und für Menschenrechtsfragen im BMZ ist.

Der ehemalige Oberst Eggelmeyer ist jetzt als Abteilungsleiter im BMZ für Afghanistan zuständig und soll dort die zivil-militärische Zusammenarbeit, aber auch die Kooperation zwischen Militär und Hilfsorganisationen stärken, was zu einer weiteren strukturellen Militarisierung der Entwicklungszusammenarbeit führt. Es gibt immer mehr Hilfsorganisationen, die das kritisieren, weil zusätzliches Risiko für die Mitarbeiter/innen und die Bevölkerung geschaffen wird. Hilfsorganisationen sind darauf angewiesen, dass sie neutral arbeiten können. Minister Niebel arbeitet hartnäckig daran, diese Schutzfunktion, welche Ausgangslage zum Helfen ist, auszuhöhlen und damit Entwicklung zu verhindern. Er geht sogar so weit, Organisationen zu erpressen: nur wer mit der Bundeswehr kooperiert, bekommt Geld.

FJ: Ein Streitpunkt in der Haushaltspolitik ist der Aufwand für Entwicklungshilfe als Anteil an dem Brut-

to-Inlandsprodukt (BIP) nach den sogenannten ODA-Kriterien. Dass diese Kriterien von Deutschland nicht eingehalten werden, ist sicherlich kritikwürdig, aber welchen Stellenwert hat dieses überhaupt?

Die Bundesregierung erreicht mit diesem Haushalt nicht das für 2010 vorgegebene Zwischenziel, die Ausgaben für Entwicklungshilfe auf 0,51 Prozent des Bruttonationalprodukts – das ist die sogenannte ODA-Quote – zu erhöhen. Es wäre finanziell aber durchaus möglich, das haben wir in einem Antrag der Linksfraktion dargelegt. Die Bundesregierung ist nicht bereit, zwei Milliarden Euro mehr für die weltweite Entwicklungshilfe auszugeben, aber sie ist jederzeit bereit, in diesen Haushalt zum Beispiel mehr als sieben Milliarden Euro für neue Rüstungsprojekte einzustellen.

Die Menschen in Deutschland sind aber durchaus bereit, Geld für Entwicklungshilfe auszugeben. Das haben sie durch die enormen Spenden für die Hilfe der Erdbebenopfer in Haiti eindrücklich gezeigt. Währenddessen war die Bundesregierung aber nicht bereit, einen Sondertitel für die mittelfristige Hilfe für Haiti einzustellen. Das sind nicht nur Forderungen der Opposition, sondern die Vereinten Nationen haben die Industriestaaten aufgefordert, deutlich mehr Geld als bisher für Haiti zur Verfügung zu stellen. Die Bundesregierung ignoriert diese Aufforderungen.

FJ: Kaum Beachtung finden hierzulande erfolgreiche Modelle von Entwicklungszusammenarbeit zwischen Ländern des Südens. Sie haben in einer Bundestagsrede im März auf das Beispiel Kuba im Kontext der Hilfe für Haiti verwiesen. Hat sich an der öffentlichen Wahrnehmung dieses beispielhaften Modells etwas verbessert?

Ich habe im Bundestag auf die wichtige und solidarische Arbeit der kubanischen Ärztinnen und Ärzte in Haiti hingewiesen, die dort nicht erst seit dem Erdbeben, sondern bereits

seit über 10 Jahren tätig sind. Die Tatsache, dass Kuba in vielen Ländern höchst erfolgreiche Gesundheits- und Bildungsprogramme durchführt, ist mittlerweile auf internationaler Ebene durchaus anerkannt und hat sogar die Hohe Repräsentantin und die Kommission der EU dazu bewogen, den EU-Mitgliedsstaaten zumindest nahe zu legen, eine trilaterale entwicklungspolitische Kooperation mit Kuba zugunsten Dritter zu prüfen.

In der Süd-Süd-Kooperation liegt ein großes Entwicklungspotenzial, weil die Hilfe oft viel angepasster und daher nachhaltiger ist als die Hilfe aus dem Norden. Norwegen hat dies erkannt und einen Teil seiner Erdbebenhilfe für Haiti über die Unterstützung für die kubanischen Ärztinnen und Ärzte, die in Haiti arbeiten, abgewickelt. Die Fraktion DIE LINKE hat die Bundesregierung in einem Antrag aufgefordert, diesem Beispiel zu folgen. Sie können sich vorstellen, dass die anderen Fraktionen sich mit unserem Vorschlag leider nicht anfreunden konnten.

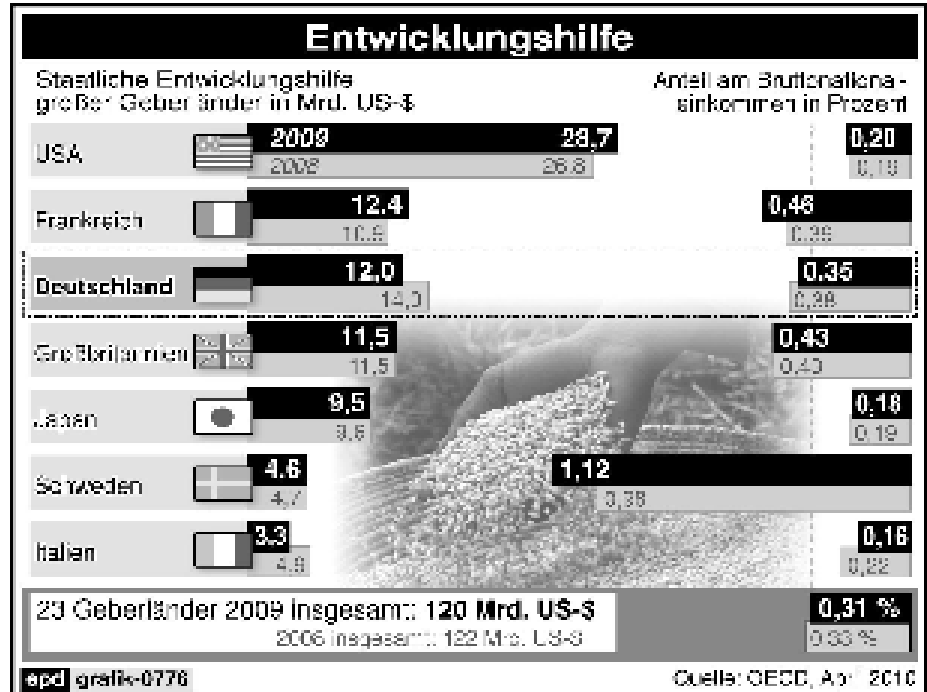
FJ: Haiti ist sicher das Negativbeispiel schlechthin für unterlassene und militärisch fehlgeleitete Hilfestellung. Wie kontraproduktiv ist in diesem Fall die militärische Intervention unter dem Deckmantel der Katastrophenhilfe?

Es ist zynisch, dass heute – mehr als ein halbes Jahr nach dem Erdbeben – die vollmundig zugesagte Hilfe nicht oder nur tröpfchenweise in Haiti ankommt. Das steht leider in keinem Verhältnis zur äußerst entschlossenen militärischen Intervention der USA unmittelbar nach dem Erdbeben. Zeitweise waren über 20.000 US-Soldaten in Haiti – zusätzlich zu der UN-Truppe, die ja sowieso schon im Land war und nach dem Beben auch noch mal aufgestockt wurde. Abgesehen von der gewaltigen Fehlallokation von Mitteln – teilweise behinderte die starke Truppenpräsenz auf dem Flughafen von Port-au-Prince sogar noch die Ankunft von Hilfsgütern. Transportflüge mussten umgeleitet werden. Militärische Einheiten aus vielen anderen Ländern kamen hinzu. Die Haitianer hatten ab einem bestimmten Zeitpunkt keinen Überblick mehr, welche Truppen im Land sind und was sie

dort tun, dies kam einer Besatzung gleich.

Ein ähnliches Bild bei der Umsetzung der Hilfe, die zum allergrößten Teil über die Tausenden von Nichtregierungsorganisationen lief, die sich zwar auf der Ebene ihrer Entsendeländer und später im Rahmen der UNO

gesetzt und den Regierungen werden wichtige entwicklungspolitische Steuerungsmöglichkeiten aus der Hand genommen. Dies wird zu Recht als neokoloniale Politik kritisiert. Die EU steht hier in einem Wettlauf mit den USA, die ähnliche Abkommen mit lateinamerikanischen Staaten und Staatengruppen



auch international koordinierten – aber eben nicht mit der haitianischen Regierung, die nicht mehr wusste, wer eigentlich was in Haiti macht. So werden Abhängigkeiten verstärkt und wird ein Staat, dem man nachsagt, „gescheitert“ zu sein, zusätzlich geschwächt.

FJ: Die EU übt derzeit massiven Druck aus für Freihandelsabkommen, wie zuletzt geschehen mit Kolumbien und Peru. Welche absehbaren Konsequenzen haben diese Abkommen für die wirtschaftliche Entwicklung dieser Länder?

Es geht der EU und der Bundesregierung – siehe neues Lateinamerika-Konzept – darum, über Freihandelsabkommen neue Märkte und Investitionsfelder zu erschließen. Das heißt, es geht nicht nur um Handelsliberalisierung, sondern auch um tiefgreifende ordnungspolitische Eingriffe – Investitionsschutz, Patentschutz, Liberalisierung des öffentlichen Beschaffungswesens, Wettbewerbsrecht etc. Damit werden lokale Produzenten und Dienstleister der Konkurrenz aus der EU aus-

abschließen, und natürlich mit China, das sich vielen lateinamerikanischen Ländern als alternativer Partner für eine Zusammenarbeit ohne neoliberale Konditionen anbietet.

Mit ihrer Politik untergräbt die EU ganz bewusst die neuen Ansätze lateinamerikanischer Integration, z.B. im Rahmen von ALBA. Ganz deutlich wurde das am Beispiel der Andengemeinschaft, die in Verhandlungen mit der EU stand. Als Bolivien und Ecuador eine andere Verhandlungsagenda vorschlugen, verhandelte die EU kurzerhand nur noch mit Peru und Kolumbien weiter. Mit dem Abschluss des Freihandelsabkommen EU-Kolumbien-Peru ist die Andengemeinschaft im Grunde gestorben. DIE LINKE hat im Bundestag außerdem kritisiert, dass die Regierungen von Honduras und Kolumbien, die beide massive Menschenrechtsverletzungen zu verantworten haben, durch den Abschluss von Abkommen international gestützt werden. SPD und Grüne haben sich diesem Teil unserer Kritik, nicht aber unserer grundsätzlichen Ablehnung des Freihandels angeschlossen.

Kuba: Entwicklungsland als Entwicklungshelfer

von Harri Grünberg, wissenschaftlicher Mitarbeiter von MdB Wolfgang Gehrcke, in den AG's der Partei Die Linke aktiv in "Frieden und Internationale Politik" (SprecherInnenrat) sowie "Cuba-Si"

Im 52. Jahr der Revolution und 49 Jahr seit der Verkündung der sozialistischen Umwandlung in Kuba blicken die Kubanerinnen und Kubaner gespannt auf eine Zukunft, die tiefe Veränderungen ankündigt. Kubas Wirtschafts- und Sozialsystem wird sich ändern müssen, um das Überleben eines alternativen marktwirtschaftlich orientierten sozialistischen Projektes zu ermöglichen. Es sollte allerdings klar sein: dass trotz aller interner Debatten und Auseinandersetzungen das Ziel der Reformen die Aufrechterhaltung einer sozialistischen Gesellschaft auf Kuba ist. Zur inneren Kohäsion im Revolutionslager sorgt der kubanische Miami-Exil, den niemand in Kuba zu-

rung der Institutionen ist dafür ebenso zentral wie die Effektivierung von industrieller Produktion und der Landwirtschaft. Der neue Kurs wird aber auch vielfach Probleme schaffen. Raul Castro sagte, dass es in Kuba einen Arbeitsplatzüberschuss von über einer Million gibt. Für diese muss neue produktive Beschäftigung geschaffen werden. „Der sozialistische Staat wird diejenigen, die wirklich nicht arbeiten können, für ein würdiges Leben mit Mitteln der Sozialfürsorge unterstützen“, versicherte Raul Castro. Die Revolution werde darum kämpfen, die Voraussetzungen zu schaffen, damit jeder Kubaner eine wichtige Beschäftigung hat.

Ohne eine solide dynamische Wirt-

de. Diese wird vor allem dadurch bestimmt, ob man Zugang zu konvertiblen Pesos hat. Wer konvertible Pesos besitzt – mittlerweile die Mehrheit der Bevölkerung –, kann Importwaren und Dienstleistungen erwerben. Wer keinen Zugang dazu hat, erleidet keine Not, muss sich aber mit dem knappen Lebensnotwendigen begnügen.

ALBA als Modell für Entwicklungshilfe

Mit der Linksentwicklung in Lateinamerika hat Kuba sehr wichtige Freunde und Partner für das Überleben der Revolution gewonnen. Insbesondere die Linksregierung unter Chavez in Venezuela spielt hier eine ganz hervorgehobene Rolle. Im Rahmen von ALBA der Alternativen Union lateinamerikanischer Staaten zu der Kuba, Venezuela, Nicaragua, Bolivien u.a. gehören, sind wichtige Projekte auf dem Weg gebracht worden, die für Kuba aber auch für die anderen ALBA Staaten von großen Nutzen sind. Alleine 300 Projekte wurden zwischen Kuba und Venezuela im Juli dieses Jahres vereinbart. Zu der Unterstützung aus Lateinamerika kommt die vermehrte Zusammenarbeit zwischen China und Kuba aber auch Russland hinzu. Chinas Präsenz in Kuba ist allseits bemerkbar. China hat Kuba mit der Gewährung von Milliardenkrediten jüngst geholfen. Mit chinesischer Hilfe wurde der Engpass in Öffentlichen Nahverkehr behoben. Chinesische Investitionen beruhen auch auf der Grundlage von Partnerschaftsverträgen zum beiderseitigen Nutzen. Kuba selbst ist sehr aktiv und unterstützt Alphabetisierungskampagnen und den Aufbau eines Gesundheitssektors in den ALBA-staaten mit eigenem Lehrern und Ärzten. In Kuba studieren über zwölftausend Studenten aus ganz Lateinamerika Medizin. Das ist ein großartiger Akt der Solidarität Kubas mit den Armen Lateinamerikas. Nicht zu vergessen ist die enorme Hilfe, die Kuba in Haiti durch die bei Eintreten des Erdbebens bereits vorhandene Präsenz von 400



rück an der Macht haben will. Nach wie vor ist der Sozialismus auf Kuba die Garantie der Unabhängigkeit und nationalen Souveränität Kubas.

Kuba heute: Reformen und Widersprüche

Nach dem Führungswechsel von Fidel zu Raul Castro im Jahre 2006 skizzierte dieser die zentralen Elemente der angestrebten Reformen in Kuba: Ausbau der Entscheidungskompetenzen der Arbeiterinnen und Arbeiter in der Produktion, sowie eine aktivere Partizipation der Bürgerinnen und Bürger in der Politik und Gesellschaft Kubas. Die Stärkung und Restrukturierung

der Institutionen ist dafür ebenso zentral wie die Effektivierung von industrieller Produktion und der Landwirtschaft. Der neue Kurs wird aber auch vielfach Probleme schaffen. Raul Castro sagte, dass es in Kuba einen Arbeitsplatzüberschuss von über einer Million gibt. Für diese muss neue produktive Beschäftigung geschaffen werden. „Der sozialistische Staat wird diejenigen, die wirklich nicht arbeiten können, für ein würdiges Leben mit Mitteln der Sozialfürsorge unterstützen“, versicherte Raul Castro. Die Revolution werde darum kämpfen, die Voraussetzungen zu schaffen, damit jeder Kubaner eine wichtige Beschäftigung hat.

Ohne eine solide dynamische Wirtschaft wird es künftig nicht mehr möglich sein, Fortschritte bei der Verbesserung des Lebensniveaus der Bevölkerung zu erreichen, noch wird der Erhalt und die Verbesserung des hohen erreichten hohen Niveaus im Bildung und Gesundheitswesen möglich sein, dessen Dienstleistungen allen Bürgern nach wie vor, trotz aller Schwierigkeiten mit denen sich Kuba konfrontiert sieht, kostenlos gewährt wird.

Ärzten leistete. Schon seit 1998 leisten Ärzte und medizinisches Personal aus Kuba dem ärmsten Land Amerikas medizinische Hilfe.

Historisch: Hilfe für Afrika

Nach den Worten Nelson Mandela ist Kuba das "solidarischste Land der Welt". Kuba hat in den siebziger Jahren den Befreiungskampf im südlichen Afrika unterstützt, ohne den die Apartheid nicht zu Fall gekommen wäre. Es hat keine Mühe gescheut, um anderen armen Ländern zu helfen. Es hat mit seiner medizinischen Hilfe laut der Weltgesundheitsorganisation mindestens einer Million Menschen geholfen. Kuba hilft, obwohl es selbst mit knappen Ressourcen haushalten muss. Die internationale Solidarität findet weite Zustimmung in der kubanischen Bevölkerung. Die Menschen in Kuba sind stolz auf ihre Hilfe. Denn ein Kernstück der Kubanischen Revolution ist ein äußerst hohes Maß an Internationalismus (Noam Chomsky). Zwischen Afrika und Kuba existiert ein echtes Band. Ein großer Teil der kubanischen Bevölkerung stammt ja aus Afrika. Von hier aus war es leicht, den revolutionären Internationalismus Kubas zu begründen. Gleichwohl erfreut sich die internationale Hilfe in Kuba großer Popularität, da es eine Möglichkeit ist, zeitweilig im Ausland tätig zu sein.

Aktivitäten gegen Kuba auch seitens der EU

Weil Kuba trotz der US Blockade und dem Zusammenbruch des Sozialismus in Osteuropa überlebt hat,

nimmt die Kampagne der Feinde der kubanischen Revolution erneut an Schärfe zu. Trotz Zeichen der Annäherung zwischen den USA unter Präsident Obama, hat sich in der Sache nichts ergeben. Nach wie vor bleibt die Blockade gegen Kuba in Kraft. Lediglich der Import von Nahrungsmitteln aus den USA ist erleichtert worden. Der von Präsident Obama im Wahlkampf versprochene Dialog mit der kubanischen Führung ist bisher nicht zustande gekommen.

Aber auch innerhalb der EU verschärft sich die Tonlage gegenüber Kuba. Die Beziehungen zwischen der EU und Kuba sind im wesentlichen geprägt vom sogenannten "*Gemeinsamen Standpunkt*". Dieser wurde 1996 maßgeblich auf Druck der USA und auf Initiative des damaligen rechten spanischen Ministerpräsidenten Aznar eingeführt. Darin wird ein Systemwechsel in Kuba eingefordert. Mittlerweile wird von derzeitigen spanischen Regierung eine Veränderung dieser Forderung verlangt, denn sie ist ein Hindernis zur Normalisierung der Beziehung EU-Kuba. Deutschland im Verbund mit einigen osteuropäischen Staaten beharrt hingegen darauf, dass diese Position beibehalten wird. Sperrspitze der Kampagne gegen Kuba sind die rechts konservativen Kreise innerhalb der CDU und der FDP. Die EU unterstützt die Aktivitäten sogenannter Dissidenten, die wiederum mit den extremsten Elementen der kubanischen Exilgemeinde in Miami verbunden sind.

Im Zentrum der Kampagne gegen Kuba steht die Frage der Menschen-

rechtsverletzungen, die Kuba vorgeworfen werden.

Menschenrechte: Welche Maßstäbe?

Wie es Ramon Ramonet von der Le Monde Diplomatie treffend zum Ausdruck brachte, gehört zu den Menschenrechten aber vor allem das Recht auf Leben, das Recht auf Nahrung, auf Bildung, medizinische Versorgung und das Recht auf Arbeit. „All das ist in Kuba weitaus stärker gewährleistet als in den meisten anderen Staaten der Erde. Wenn es in Lateinamerika, und das ist das Maß mit dem Kuba in Verhältnis gesetzt werden muss, die Kindersterblichkeit so gering wäre wie in Kuba, würden in dieser Region pro Jahr Hunderttausende Leben gerettet werden.“ Das sind soziale Erfolge der kubanischen Revolution und keine Selbstverständlichkeiten, die zu verteidigen sind.

Fidel Castro und die „Bewegung des 26 Juli“ stürzten eine der blutigsten Diktaturen Lateinamerikas. Die kubanische Revolution war von Anfang an mit den USA als mächtigen Feind konfrontiert und musste immer für ihr Überleben kämpfen. Für das Gelingen eines sozialistischen Reformprozesses in Kuba ist internationale Unterstützung ausschlaggebend, sowohl durch die Unterstützung von Staaten als auch durch Solidaritätsbewegungen. Ohne internationale Unterstützung wird es Kuba schwerlich gelingen, die intensivierten Bemühungen seitens der USA und der EU abzuwehren, die Revolution in Kuba rückgängig zu machen.

IM BLICKFELD

Entwicklungszusammenarbeit zwischen Iran und Afrika

Teheran (Farsnews) - Der Außenamtssprecher Irans kündigte die Teilnahme von 20 Ministern und Vertretern aus 30 afrikanischen Ländern an der Konferenz „Gedankenaustausch Irans und Afrikas“ nächste Woche an. Ramin Mehmanparast sagte: Über 20 Außen-, Industrie-, Handels- und Gesundheitsminister aus 30 afrikanischen Ländern werden an dieser Veranstaltung teilnehmen.

Ziel dieser Zusammenkunft ist es, neue Kapazitäten für Zusammenarbeit zu finden, und diese dem staatlichen und Privatsektor vorzustellen.

[...] Themen der Konferenz sind u. a. die Zukunft der Zusammenarbeit zwischen Iran und Afrika, die Rolle Afrikas im künftigen internationalen Gerüst, Rolle von Handel beim Ausbau wirtschaftlicher Beziehungen zwischen Iran und Afrika, Rolle der Medien zur größeren Einheit in Afrika, Folgen regionaler Krisen für Entwicklung in Afrika, internationaler Terrorismus und stabile Entwicklung in Afrika sowie kulturelle Vielfalt auf diesem Kontinent.

Quelle: <http://german.trib.ir> / 9.10.2010

„Den Krieg in Afghanistan beenden – zivil helfen!“ Nur ein weiterer Appell?

von Peter Strutynski, Bundesausschuss Friedensratschlag, Kassel

Mitte Juni 2010 hat die Friedensbewegung endlich einen **gemeinsamen Appell** auf den Weg gebracht, der in knappen Worten und präzise die wichtigsten Forderungen zur Beendigung des Afghanistan-Krieges zusammenfasst: Die Bundeswehr müsse ihre Kampfhandlungen sofort beenden (was gleichbedeutend ist mit einem einseitigen Waffenstillstand), danach müsse „sofort“ mit dem Abzug der Truppen begonnen werden, und schließlich sollen die dadurch frei werdenden Mittel ausschließlich dem zivilen Wiederaufbau zur Verfügung gestellt werden. Damit, so heißt es in dem Appell, wären die Voraussetzungen für einen von den Afghanen „selbstbestimmten Friedensprozess“ geschaffen. Der Unterschriften-Appell mit dem Titel **„Den Krieg in Afghanistan beenden – zivil helfen“** soll Grundlage für eine breite Kampagne in der Bevölkerung sein und Kristallisationspunkt der Friedensbewegung in den nächsten Monaten, vielleicht aber auch Jahren werden.

Aus den Zeiten des Kalten Krieges ...

Außenstehende werden sich vielleicht etwas irritiert fragen, warum die Friedensbewegung so lange gebraucht hat, um mit einem einheitlichen Forderungspapier gemeinsam an die Öffentlichkeit zu gehen. Zumal es seit einigen Jahren eine gemeinsame Kampagne der wichtigsten bundesweiten Friedensorganisationen und –bündnisse gibt, die immerhin schon drei zentrale Demonstrationen (2007, 2008, 2010) und eine große Konferenz (Hannover 2007) durchgeführt und einen gemeinsamen Wahlprüfstein zur Bundestagswahl 2009 herausgegeben hat. Der Grund hierfür liegt nicht in der besonderen Beschaffenheit der deutschen Friedensbewegung, die sich durch eine große Heterogenität und einen ausgeprägten Dualismus zwischen Zentralorganisationen und Basisinitiativen auszeichnet.

Mit diesem „Manko“ – wenn es denn ein Manko ist, dass die Friedensbewegung vielfältig und bunt ist – lebt sie doch schon seit Jahrzehnten und hat zum Teil sehr erfolgreiche Kämpfe und Aktionen bestanden. Die Vielfalt der Bewegung war sogar ein Ergebnis des bis dato größten Aufschwungs der Friedensbewegung Anfang der 80er Jahre des 20. Jahrhunderts, als Hunderte und Aberhunderte neuer Initiativen in Stadtteilen, Betrieben, Hochschulen und Verwaltungen entstanden. Hinzu kam damals eine politisch-ideologische Spaltung der Friedensbewegung in zwei große Lager: hier die auf dem Gedanken der „friedlichen Koexistenz“ beruhende, mit der Außenpolitik der sozialistischen Staaten grundsätzlich einverständene und das Bündnis mit der traditionellen Arbeiterbewegung anstrebende Friedensbewegung (z.B. Komitee für Frieden und Abrüstung-KOFAZ, Deutsche Friedens-Union-DFU), dort die entweder christlich oder sozialdemokratisch orientierte Friedensbewegung, die trotz ihrer antikommunistischen Vorbehalte an einer Flügel übergreifenden Zusammenarbeit interessiert war. Etwas aufgemischt wurde diese Konstellation durch das Aufkommen der zur grünen Partei gewordenen Umweltbewegung, die für eine „blockunabhängige“ Friedensbewegung eintrat und ihr ökopazifistisches Credo nicht selten mit einer Prise antikommunistischer Militanz würzte. Dass in dieser politischen Gemengelage die Friedensbewegung trotzdem zu einer weitgehend einheitlichen Stoßrichtung fand, lag an vier Faktoren: Einmal an der von allen gleichermaßen als existenzielle Bedrohung empfundenen atomaren Aufrüstungspolitik des Westens (Stationierung von Pershing 2 und Cruise Missiles in Mitteleuropa), zum zweiten an den überzeugenden Abrüstungsangeboten der Sowjetunion (Teststopp-Moratorium, Reduzierung konventioneller Streitkräfte), zum dritten an der schwindenden Bindungskraft des in der alten Bundesrepublik zur Staatsräson hochstilisierten Antikommunismus

und Antisowjetismus und viertens am 1980 ins Leben gerufenen „Krefelder Appell“, der sich auf die Hauptforderung aller Teile der Friedensbewegung konzentrierte und sich innerhalb kurzer Zeit zum Katalysator einer Massenbewegung entwickelte und die politische Kultur des Landes veränderte.

...über die Umbrüche nach 1989 ...

Die Friedensbewegung hat auch in den 90er Jahren und im ersten Jahrzehnt unseres Jahrhunderts ihre Höhepunkte gehabt, denen selbstverständlich Talsohlen vorausgingen und die „Mühen der Ebenen“ (B. Brecht) folgten. Zu erinnern ist etwa an die spontane Massenbewegung gegen den Golfkrieg 1991, die vor allem von Jugendlichen getragene Bewegung gegen die französischen Atombombenversuche im Mururoa-Atoll 1995 und die alle Maßstäbe sprengende weltweite Antikriegs-Bewegung 2003 gegen den Irakkrieg. Die Friedensbewegung selbst hatte ihre Strukturen weitgehend beibehalten – bei starkem Rückgang ihrer personellen Stärke. Wer gemeint hätte, die ideologischen Differenzen hätten sich mit dem Ende der Blockkonfrontation ebenfalls in Wohlgefallen aufgelöst, sah sich aber getäuscht. Der Triumphalismus des wirtschaftlich überlegenen Westens dezimierte die Reihen der Friedensbewegung um jene Kräfte, die sich – nach der deutschen Einigung – entweder am Ziel ihrer Wünsche sahen oder gerade deswegen sich enttäuscht aus der Politik zurückzogen. Doch auch der Rest schaffte es bis heute nicht, die Schützengräben des Kalten Kriegs zu verlassen und die Realitäten der neuen Welt(un)ordnung anders als auch der Ost-West-Brille vergangener Zeiten zu betrachten. So waren etwa die inneren Differenzierungsprozesse der Friedensbewegung in der Zeit der Balkankriege stark vom alten Ost-West-Schema geprägt („kommunistische“ Serben gegen „freiheitliche“ Slo-

wenen, Kroaten, Bosnier und Kosovo-Albaner!).

Auch die Haltung zur verflochtenen DDR hat ihre Spuren in der Friedensbewegung hinterlassen. Die Teile der Friedensbewegung, die im November/Dezember 1989 mit der Parole „Gute Nachbarn brauchen keine Waffen“ auf die Straße gingen und der Zweistaatlichkeit Deutschlands das Wort redeten („Gegen diese Vereinigung“), wussten sich zwar in Übereinstimmung mit den friedens- und weltpolitischen Ergebnissen des Zweiten Weltkriegs, nicht aber mit den anderen Teilen der Friedensbewegung, die sich eher auf der antikommunistischen Seite befanden und die Wiedervereinigung sowohl als Befreiung der BürgerInnen der ehemaligen DDR als auch als herausragenden friedenspolitischen Erfolg feierten. Die Ernüchterung ließ indessen nicht lange auf sich warten: Nicht nur dass die „Friedensdividende“ ausblieb, auch die aggressive Stoßrichtung der NATO (Erklärung von Rom November 1991) und der Bundeswehr (Verteidigungspolitische Richtlinien November 1992) machte deutlich, dass weder die Welt noch die Friedensbewegung ans Ende ihrer Geschichte gekommen waren. Im Gegenteil: Der zweite Golfkrieg 1991, die Zunahme innerstaatlicher Gewaltkonflikte und Kriege in der ersten Hälfte der 90er Jahre, die Rückkehr des Krieges nach Europa (Balkan) und die neue Frontstellung des Westens gegen den „islamistischen Fundamentalismus“ (von Samuel Huntington als bevorstehender „Clash of Civilisations“ heraufbeschworen) versetzten die Welt in neue Aufregung und elektrisierte aufs neue die – allerdings geschrumpfte – Friedensbewegung. Anstatt dass sich aber deren reduzierte Kräfte gemeinsam auf die neuen Konfliktkonstellationen in der Welt einstellten und ihre Zusammenarbeit intensivierte, schienen sich ihre vererbten Strukturen eher zu verfestigen. Immerhin gelang mit der Initiierung eines breiten politischen Diskussionsprozesses durch den Kasseler „Friedensratschlag“ (seit 1994) eine partielle Selbstverständigung der unterschiedlichen Spektren. Aktionsorientierte Vereinbarungen mussten aber immer wie-

der aufs Neue in zum Teil mühsamen und Zeit raubenden Aushandlungsprozessen hergestellt werden.

... zu Afghanistan-Ausstiegsszenarien

So muss das Zustandekommen des gemeinsamen Afghanistan-Apells umso höher bewertet werden. Wie so oft mussten zwischenzeitlich bestehende Unterschiede in der politischen Einschätzung eines möglichen Friedensprozesses in Afghanistan geklärt werden. Dass die Beendigung des Krieges eine notwendige Voraus-

setzung für den zivilen Aufbau des Landes bildet, war unumstritten. Wie aber und in welcher zeitlichen Perspektive der Krieg zu beenden sein würde – darüber gingen die Meinungen doch auseinander. Manche Organisationen neigen nach wie vor zu einer Art „Exit-Strategie“, d.h. einem sukzessiven Abzug der Besatzungstruppen. Solche Vorstellungen treffen sich irgendwo mit grün-sozialdemokratischen Ausstiegsszenarien. Ihnen allen ist gemein, dass ein Abzug nicht sofort, also „kopfflos“ erfolgen dürfe, weil die Situation dann erst recht eskalieren und Afghanistan endgültig im Chaos versinken würde. Die Haltung des „Friedensratschlags“ und vieler Basisinitiativen der Friedensbewegung ist dagegen klar: Sofortiger Abzug, damit das erste und wichtigste Hindernis auf dem Weg zu einer Verständigung

in Afghanistan aus dem Weg geräumt wird. Solange nämlich westliche Besatzungstruppen im Land sind, solange wird es keine Chance zu einem tragfähigen Frieden geben. Dies ist nicht so zu verstehen, als würde mit dem Abzug der NATO-Truppen in Afghanistan der Frieden ausbrechen. Viel eher werden sich manche Konflikte (z.B. zwischen der delegitimierten Zentralregierung und den Regionen oder zwischen Warlords, Drogenbaronen und Clans) verschärfen, bevor sich die Zivilgesellschaft zu einem neuen Miteinander „zusammenrauft“.

Gewiss würde auch die NATO



setzung für den zivilen Aufbau des Landes bildet, war unumstritten. Wie aber und in welcher zeitlichen Perspektive der Krieg zu beenden sein würde – darüber gingen die Meinungen doch auseinander. Manche Organisationen neigen nach wie vor zu einer Art „Exit-Strategie“, d.h. einem sukzessiven Abzug der Besatzungstruppen. Solche Vorstellungen treffen sich irgendwo mit grün-sozialdemokratischen Ausstiegsszenarien. Ihnen allen ist gemein, dass ein Abzug nicht sofort, also „kopfflos“ erfolgen dürfe, weil die Situation dann erst recht eskalieren und Afghanistan endgültig im Chaos versinken würde. Die Haltung des „Friedensratschlags“ und vieler Basisinitiativen der Friedensbewegung ist dagegen klar: Sofortiger Abzug, damit das erste und wichtigste Hindernis auf dem Weg zu einer Verständigung

nicht den Abzug aus Afghanistan vollziehen, wenn die Bundesrepublik vorgeht. Dennoch wäre dies ein unübersehbares Signal an die anderen Staaten des Kriegsbündnisses, das ein Umdenken in der NATO befördern würde. Immerhin ist Deutschland hinter den USA und Großbritannien nicht nur der drittgrößte Truppensteller, sondern auch die Führungsmacht in der nördlichen Besatzungszone. Hinzu kommt, dass ein Ausscheren aus der Koalition den Widerstand gegen den Krieg in den anderen Ländern weiter beflügeln würde und so manche Regierung in große Not brächte. Wir konnten z.B. im Frühjahr d.J. sehen, wie an der Frage des Abzugs die niederländische Regierung zerbrochen ist. In Großbritannien ist eine Fortsetzung des Krieges genauso unpopulär wie in allen anderen am Krieg beteilig-

ten Staaten. Selbst in den USA haben in Umfragen die Kriegsgegner eine klare Mehrheit.

Die Forderungen der Friedensbewegung nach einem „Stopp der Kampfhandlungen“ und dem „sofortigen Beginn des Abzugs der Bundeswehr“ lässt keinen Raum für etwaige Exit-Strategien und mittelfristige Zeitpläne für einen Rückzug der Truppen. Ein „sofortiger Beginn des Abzugs“ ist mitnichten „kopflös“, sondern verlangt den sofortigen geordneten Rückzug aus Afghanistan. Der dürfte bei realistischer Einschätzung der logistischen Voraussetzungen mehrere Monate dauern – so wie die Verlegung der Bundeswehrverbände nach Afghanistan 2001/2002 auch mehr als ein halbes Jahr in Anspruch genommen hatte.

Vom Tisch sind mit dem Appell auch jene Überlegungen, Deutschland müsse den Abzug seiner Truppen an bestimmte Bedingungen knüpfen (die etwa die „Stabilisierung“ der Nordregion oder des Karzai-Regimes in Kabul betreffen) oder sich in den afghanischen Friedensprozess in irgendeiner Weise einmischen. Ein Aggressor hat keine Bedingungen zu stellen, sondern er muss bedingungslos abziehen! Wird seine Hilfe von den afghanischen Kräften gewollt, dann stellt sich die Frage anders. In jedem Fall muss die Bun-

desrepublik Deutschland verpflichtet werden bzw. sich selbst verpflichten, dem geschundenen Land Reparationen zu zahlen. Die durch die Beendigung des Kriegs eingesparten 1, 05 Milliarden Euro – so hoch sind die jährlichen direkten Kosten unserer Kriegsteilnahme – sollen „zur Verbesserung der Lebensbedingungen der afghanischen Bevölkerung nach deren Bedürfnissen“ eingesetzt werden, wie es im Appell heißt. Nur auf dieser Basis kann schließlich ein „selbstbestimmter Friedensprozess“ in Afghanistan beginnen.

Den Umfragewerten eine Stimme geben!

Der Afghanistan-Appell der Friedensbewegung wird dann seine Wirkung tun, wenn er von den Hunderten von Friedensinitiativen im ganzen Land „angeeignet“ und zu ihrer Sache gemacht wird. Es ist nicht damit getan, den Appell schnell zu unterschreiben und abzuheften – wozu die Möglichkeit der Online-Unterzeichnung hoffentlich nicht verführt –, sondern mit dem Appell muss „gearbeitet“ werden. Kein Infostand mehr ohne den Appell, keine Veranstaltung mehr, ohne dass die Listen durch die Reihen gehen und zum weiteren Sammeln weiter gegeben werden, keine Gewerkschaftsver-

sammlung mehr, ohne dass nicht auf den Appell aufmerksam gemacht würde!

Die Zeiten sind nicht so, dass der Afghanistan-Appell automatisch zu einem Selbstläufer würde. Er muss durch verstärktes Engagement erst dazu gemacht werden. Dazu gehört auch, dass der Appell einen hohen Wiedererkennungswert erhält. Aus diesem Grund hat das Afghanistanbündnis beschlossen, allen Friedensorganisationen und -initiativen zu empfehlen, das verabredete Layout zur Unterschriftensammlung zu verwenden: „Afghanistan-Appell“. Alle Organisationen und Initiativen können die Rückseite dann für eigene Zusätze, Erklärungen und sonstige Werbung benutzen.

Die Kriegskoalition des Westens weiß in Afghanistan nicht so recht weiter. Das Versprechen gegenüber der kriegsunwilligen Bevölkerung, mit der vorübergehenden Aufstockung der Truppen die Voraussetzung schaffen zu wollen, dass ab dem Herbst 2011 mit dem Abzug begonnen werden könne, verfängt nicht. Eine Umfrage vor dem Truppenverstärkungsbeschluss im Deutschen Bundestag im Februar d.J. ergab eine überwältigende Mehrheit von 80 Prozent, die diesen Schritt ablehnte. Und nach Lage der Dinge wird das Versprechen weder von Seiten der US-Administration noch von Seiten der Bundesregierung eingehalten werden können. Die Zeichen in Afghanistan stehen eher auf Eskalation der Gewalt, Zunahme des Widerstands und weitere Destabilisierung des Landes und der angrenzenden Regionen (Pakistan, Kirgistan, Usbekistan). Der offene Streit zwischen der politischen und militärischen Führung der USA über die richtige Strategie, der am 23. Juni 2010 in der Entlassung des Oberbefehlshabers General McChrystal gipfelte, ist nur ein Ausdruck der aus Sicht der Besatzungsmächte verfahrenen Situation. Mit dem Appell „Den Krieg in Afghanistan beenden – zivil helfen!“ könnte die Friedensbewegung genau den richtigen Zeitpunkt erwisch haben, größere Teile der Bevölkerung zu einem beherzteren Engagement gegen diesen Krieg zu bewegen.

Den Krieg in Afghanistan beenden – zivil helfen

Wir fordern von Bundestag und Bundesregierung

- **den Stopp aller Kampfhandlungen,**
- **den sofortigen Beginn des Abzugs der Bundeswehr aus Afghanistan,**
- **den Einsatz der frei werdenden Gelder zur Verbesserung der Lebensbedingungen der afghanischen Bevölkerung nach deren Bedürfnissen.**

So haben ein selbstbestimmter Friedensprozess und der zivile Aufbau in Afghanistan eine Chance.



Vor- u. Zuname	Anschrift	Unterschrift

Der Staat als Militär-Filiale

Moshe Zimmermann: *Die Angst vor dem Frieden. Das israelische Dilemma. Aufbau, Berlin 2010, 152 S., 14,95 Euro.*

Das Stoßtrupputernehmen der israelischen Armee gegen Schiffe, die die Blockade gegen 1,3 Millionen im Gazastreifen darbande Palästinenser durchbrechen wollten, löste weltweit Empörung aus. Kant hätte den völkerrechtswidrigen Angriff auf Schiffe der "barbarischen Freiheit schon gestifteter Staaten" zugerechnet.

Der israelische Historiker Moshe Zimmermann hat sein Buch "Die Angst vor dem Frieden" geschrieben, bevor die israelische Armee neun Menschen erschoss. Zimmermann argumentiert weder völkerrechtlich noch theologisch-moralisch, sondern politisch und soziologisch. Das Handeln der israelischen Regierungen orientiert sich schon längst nicht mehr an völkerrechtlichen Normen, sondern an den politischen Interessen seiner starken Verbündeten und an den Interessen minoritärer, aber einflussreicher Kräfte im Inland. Beide setzen auf eine irrationale Macht. Sie beschwören die Angst vor einem Frieden mit den Palästinensern und stützen sich dabei auf Geschichtsbilder und -legenden rechter Parteien. 75 Prozent der Israelis wählen rechte Parteien. Den Teilungsplan von 1947, also eine Zwei-Staaten-Lösung, lehnte zunächst die palästinensische Seite ab, weil sie sich übervorteilt sah. Nach den Eroberun-

gen im Krieg von 1967 verweigerte der Landgewinner Israel jede Rückkehr zum status quo ante. Es vergingen weitere zwanzig Jahre, bis die PLO unter Yassir Arafat das Existenzrecht Israels anerkannte und den Weg für Friedenslösungen öffnete. Itzhak Rabin, der erste israelische Politiker, der ernsthaft nach einem Frieden strebte, bezahlte den Versuch, der mit dem Oslo-Abkommen (1993) endete, zwei Jahre später mit seinem Leben, als ihn ein rechtsradikaler Israeli erschoss.

Seither betreiben alle israelischen Regierungen Politik mit der "Angst vor dem Frieden" statt einer aktiven Friedenspolitik. Zimmermann zeigt, dass diese Angstmaschinerie nicht auf einer "jüdischen Verschwörung" beruht - wie die antisemitische Propaganda suggeriert -, sondern auf dem Rückhalt, den nationalreligiöse Zionisten, die Religiös-Orthodoxen, die rassistische Araber-Hassern, nationalistisch verblendete Siedler, die radikale Siedlerjugend und die alles dominierende Militärkaste in der Militärdemokratie Israel bei weiten Teilen der Bevölkerung genießen.

Diese Interessengruppen folgen einem Imperativ, den der amtierende Außenminister Lieberman offen formulierte: "Schwächlinge haben keine

Überlebenschancen". Eine herausragende Rolle spielt dabei die Kooperation von Militärrabbinat, Erziehungssystem und den Medien unter Staatseinfluss. Sie sorgen dafür, dass das Militär "den Staat als Filiale" betrachtet und die Politik als Hilfskraft des Militärs. Nichts beweist deutlicher die politische und intellektuelle "Verrohung der Gesellschaft" (Zimmermann), als die Tatsache, dass vier Fünftel der Israelis den Mauerbau zwischen Israel und der Westbank befürworten.

Als Geiseln bzw. Hilfstruppen in der auf Angstmacherei beruhenden israelischen Politik fungieren die Diasporajuden sowie die westlichen Verbündeten. Auf deren bedingungslose Solidarität kann sich Israel auch dann verlassen, wenn es wegen zwei entführten Soldaten den Libanon mit Krieg überzieht. Das Schicksal des europäischen Judentums bewirkte, dass "die existentielle Angst zum obersten Gebot" der Politik wurde, wobei "von einer Instrumentalisierung oder gar manchmal einem zynischen Umgang mit der Geschichte des Antisemitismus und der Shoah gesprochen werden kann und darf." Ein wichtiges Buch, ein starkes Stück Aufklärung.

Rudolf Walther

Entnommen aus:
Berliner Zeitung vom 22.07.2010

IM BLICKFELD

Unterschriftensammlung: "Den Krieg in Afghanistan beenden .."

Irmgard Römer aus Rostock ist über 80 Jahre alt und hat alleine rund 3500 Unterschriften gegen den Afghanistan-Krieg gesammelt. Sie ging dorthin, wo die Menschen sind. Beispielsweise in den Zoo – und als man sie dort des Platzes verwiesen hat, stellte sie sich vor den Bahnhof. Dort sammelte sie weiter – ebenso erfolgreich und sogar gegen schlechtes Wetter geschützt. Seit Juni werden bundesweit Unterschriften für ein sofortiges Ende des Bundeswehr-Einsatzes in Afghanistan gesammelt. Der Erfolg der Kampagne hängt von Menschen wie Irmgard Römer ab, die vor Ort auf dem Marktplatz stehen oder auch ihre Nachbarn ansprechen. Bisher haben den Appell von elf Friedensorganisationen »Den Krieg in Afghanistan beenden – zivil helfen« rund 20 000 Mensc

chen unterschrieben, sagt Peter Strutyński. Der Sprecher des Bundesausschusses Friedensratschlag hatte am Wochenende kurzfristig zu einer Afghanistan-Konferenz in Kassel eingeladen, auf der es auch um die Mobilisierungschancen der Friedensbewegung gegen den Afghanistan-Krieg ging. Fußball-WM, Sommerhitze und die Ferien haben es den Friedensbewegten in den letzten Monaten nicht einfach gemacht, mit den Menschen über über dieses Thema ins Gespräch zu kommen. Strutyński sieht sich und seine Mitstreiter aber auf einem guten Weg. Viele Friedensgruppen fangen erst jetzt richtig an, Unterschriften für den Appell einzuwerben.

Quelle: ND 25.08.2010

Aktuelles aus dem Internet-Archiv

An dieser Stelle weisen wir in unregelmäßigen Abständen auf Artikel hin, die im Internet zu finden und von besonderer Aktualität sind. Die größte Auswahl bietet das Archiv der AG Friedensforschung, dem Veranstalter des Friedenspolitischen Ratschlaßes.

Thema: Entwicklung und Frieden

<http://www.ag-friedensforschung.de/themen/>

Nachfolgend eine Reihe von Artikeln, Analysen und Berichten zur Entwicklungspolitik

- **Von Partnerschaft keine Rede**
Die so genannten „Wirtschaftlichen Partnerschaftsabkommen“ der Europäischen Union liegen nicht im Interesse Afrikas. Von Herbert Jauch (Beitrag aus dem Südwind-Magazin) (27. August 2010)
- **Suche nach der angepassten Lösung**
Tansania: Die Organisation "Ingenieure ohne Grenzen" transferiert Know-how als Hilfe zur Selbsthilfe (11. August 2010)
- **UN machen Trinkwasser zum Menschenrecht**
Generalversammlung verabschiedet Resolution ohne Gegenstimme. Von Andreas Zumach (31. Juli 2010)
- **Kampf um Geldquelle**
Nord-Süd-Konflikt bei der UNO: Entwicklungsländer fordern, Zugang zu Wasser als Menschenrecht zu verankern. Industriestaaten mauern (23. Juli 2010)
- **Auch bei Entwicklungspolitik: Versprochen - gebrochen**
Was bei Niebels Neuordnung des BMZ unter den Tisch fallen soll. Interview mit Heike Hänsel (14. Juli 2010)
- **Mangelware Arzt oder Wie soll Afrika sein Millenniumsziel Gesundheit erfüllen?**
In Deutschland kommen auf 10 000 Einwohner 35 Ärzte, im ländlichen Tansania einer auf 100 000 (01. Juli 2010)
- **Zocken auf dem Rücken der Jüngsten**
UNICEF: Wirtschaftskrise stürzt Millionen weitere Kinder in die Armut. Appelle an die Politik / UNICEF-Report 2010 erschienen (26. Juni 2010)
- **Vom Objekt zum Akteur**
UNCTAD: Afrika profitiert von neuen Süd-Süd-Partnerschaften (22. Juni 2010)
- **Fragwürdiges Vorbild**
In Ghana sorgen Weltbank- und IWF-Politik für forcierte Ausplünderung der Bodenschätze und brutale Ausbeutung der Beschäftigten (22. Juni 2010)
- **Orientiert am oberen Teil der Gesellschaft**
Entwicklungspolitische Akteure in Deutschland bilanzieren einst verkündete Millenniumsziele / Kritik an neuer EU-Strategie (16. Juni 2010)
- **Mit Gewalt gegen Hunger**
Neben der Wirtschafts- und Finanzkrise sehen sich die Herrschaftseliten mit der weitaus bedrohlicheren Ernährungskrise konfrontiert. Von Peter Clausing (20. Mai 2010)
- **Vom Klima- zum Systemwandel**
Erstmals finden wichtige Klimadebatten außerhalb des UN-Prozesses statt. Artikel, Hintergrund, Interview (21. April 2010)
- **"Bei uns lernen Kinder und Mütter, wie richtig gegessen wird"**
Das Unterernährungszentrum im ruandischen Ruhengerie kämpft einen schweren Kampf (01. April 2010)
- **Senegal: Der Weg beginnt ganz unten**
Die lokale Landwirtschaft kann den Bedarf nicht decken. Der Agraringenieur Souleymane Bassoum spricht über Auswege aus der Importabhängigkeit (31. März 2010)
- **Die Chance nach der Katastrophe**
Zwei Monate nach dem Erdbeben brauchen die Menschen in Haiti vor allem Hilfe zur Selbsthilfe, berichten Mitarbeiter von Hilfsorganisationen (20. März 2010)
- **Die falschen Weichen in der Entwicklungspolitik**
Unfairer Handel, Bürgerkriege und Korruption gefährden die Wirksamkeit der Entwicklungshilfe. Von Gerhard Grote (22. Februar 2010)
- **OECD kritisiert Deutschland**
Berlin leistet zu wenig Entwicklungshilfe / Donors' mixed aid performance for 2010 sparks concern (19. Februar 2010)
- **Tödliche Hilfe oder tödlicher Handel**
Entwicklungshilfe schafft nicht selten Abhängigkeit, doch der freie Markt ist keine Alternative (03. Februar 2010)
- **Afghanistan: Militarisierung der Entwicklungshilfe bringt Afghanen in Gefahr**
Hilfsorganisationen schlagen Alarm / Hintergrundpapier „Quick Impact, Quick Collapse“ (01. Februar 2010)
- **Afghanistan-Gelder veruntreut**
Bei einer niedersächsischen Hilfsorganisation sind hunderttausende Euro verschwunden (20. Januar 2010)
- **Erst bomben und dann helfen?**
Neues aus und über Afghanistan / Verlieren die Soldaten ihre Skrupel? (18. Januar 2010)

Für ständige Internet-Benutzer empfehlen wir die (fast) täglichen Newsletter per E-Mail von Wolfgang Kuhlmann. Näheres dazu inkl. Archiv unter www.friedentreiberagentur.de